



AfD Fraktion im Kreistag Rhein-Kreis Neuss

An den Landrat
des Rhein-Kreises Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke
Kreisverwaltung

Mittwoch, 3. August 2022

Antrag:

Corona-Maßnahmen beenden

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

wir bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Kreisausschusses am 24. August 2022 zu setzen:

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss beauftragt Herrn Petrauschke, bei Land und Bund das Ende der Corona Maßnahmen einzufordern.

Begründung:

Seit Ausbruch von Corona wurde der Erfolg der Maßnahmen immer wieder infrage gestellt. Länder wie Schweden, die keine durchgreifenden Maßnahmen getroffen haben, hatten keinen schlechteren Verlauf.

Unstreitig jedoch stellten die Maßnahmen große Eingriffe in bürgerliche Freiheitsrechte dar:

- Es wurde nicht belegt, dass Corona durch die Lock Downs wirksamer eingedämmt werden konnte
- Es wurde nicht belegt, dass Corona durch die Impfungen wirksamer eingedämmt werden konnte
- Es wurde nicht belegt, dass die Krankheit durch die Impfung milder verläuft

Erwiesen ist jedoch, dass die Maßnahmen große Schäden verursacht haben:

- Wirtschaft und die Privathaushalte wurden durch Lockdown und Quarantäne massiv geschädigt. Hotels, Gaststätten und Veranstalter gingen pleite und zogen vielfach Selbstmorde nach sich. Quarantäne sorgte für massive Produktions- und Arbeitsausfälle.
- Das gesellschaftliche und kulturelle Leben wurde massiv beeinträchtigt. Künstler, Musiker und Schauspieler konnten nicht mehr auftreten. Veranstaltungen wurden verboten. Neben wirtschaftlichem gab es auch hohen psychischen Schaden.
-
-

-
- Die Bildung wurde stark geschädigt, Schulen wurden geschlossen, Unterricht fiel aus. Schüler und Studenten verloren bis zu einem Jahr an Wissensstoff. Vielfach reagierten sie mit Verhaltensstörungen.
- Die Gesundheit wurde stark geschädigt. Die Impfungen verursachten ebenfalls viele Kranke und Tote. Ihre Aufgabe, vor Ansteckung zu schützen, haben sie nicht erfüllt. Es wurde behauptet, dass sie zu milderer Krankheitsverläufen führen, aber nicht bewiesen.
- Die öffentlichen Haushalte wurden stark geschädigt. Es gab massive Steuerausfälle. Wenn sie nicht großzügig schuldenfinanziert ersetzt worden wären, wären Bund, Länder und Kommunen zahlungsunfähig geworden.

Schließlich wurden Unsummen von Geld für Tests, Abstandsregeln, Mundschutz und Spritzen ausgegeben. Obwohl die Spritzen nachweislich nicht vor Ansteckung schützen, bestellt der Gesundheitsminister ständig Millionen nach, obwohl er fast alle Bestellungen wieder vernichtet. Dass er dafür nicht zur Rechenschaft gezogen wird, ist ein Skandal.

Man kann unterstellen, dass die Kommunen die schädlichen Maßnahmen nie umgesetzt hätten, wenn sie vom Bund nicht sofort mit Millionen entschädigt worden wären. Aus Solidarität mit den Bürgern hätten sie sich jedoch weigern müssen.

Ab dem 1. Oktober 2022 werden wieder verschärfte Regeln zur Impfung eingeführt, mit Bußgeld und Berufsverbot im Ergebnis die Einführung einer Impfpflicht durch die Hintertür.

Obwohl die Krankheit nach fortwährender Mutierung mit der jetzigen Omikron-Variante bei einer normalen Grippe angekommen ist. Darum hat Dänemark, die Schweiz und Österreich die Beschränkungen weitgehend aufgehoben. Und auch der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) Andreas Gassen hat ein Ende der Maßnahmen gefordert.

In Deutschland hingegen werden immer noch Corona-Positive in Quarantäne geschickt, obwohl sie gar nicht krank sind. Das führt zu Personal-Ausfällen in allen Bereichen der Wirtschaft, insbesondere in Schulen, Kliniken und Flughäfen.

Aus den obengenannten Gründen dürfen die Maßnahmen deshalb nicht weiter kritiklos umgesetzt werden, weil sie untragbaren Schaden verursachen. Auch kann keiner wollen, dass die nächste Generation ein weiteres Jahr in Schule und Bildung zurückgeworfen wird.

Darum bitten wir den Kreisausschuss, Herrn Petruschke zu beauftragen, bei Land und Bund das Ende der Corona Maßnahmen einzufordern.

Mit freundlichen Grüßen



Dirk Kranefuss
Fraktionsvorsitzender